



**Auswahlverfahren – einstufig – zur Bestimmung eines
Netzbetreibers für den Aus- bzw. Aufbau eines NGA-
Netzes im Rahmen der Richtlinie zur Förderung des
Aufbaus von Hochgeschwindigkeitsnetzen
im Freistaat Bayern (BbR)**

- Bekanntmachung gemäß Nr. 5.1 Satz 5 BbR –

Gemeinde Dammbach

Erstellt von: Patrick Spielmann
Kurmainzer Straße 7
63874 Dammbach

Datum: 09.08.2016



Gemeinde Dammbach



1	Zur Angebotsabgabe auffordernde und den Zuschlag erteilende Stelle	3
2	Beschreibung des Auswahlverfahrens	3
2.1	Allgemeines	3
2.2	Interkommunale Zusammenarbeit.....	3
3	Angaben zum Konzessionsgegenstand	4
3.1	Art, Umfang und Ort der Leistung	4
3.2	Vorhandene Infrastruktur sowie geplante Eigenleistungen im zu versorgenden Gebiet gemäß Nr. 5.3 BbR.....	5
3.3	Offener Netzzugang auf Vorleistungsebene.....	5
4	Angaben zur Losbildung.....	6
5	Bewerber- und Bietergemeinschaften	6
6	Ergänzende Unterlagen.....	6
7	Form und Frist der Angebotsabgabe.....	6
8	Angebotsabgabe	7
8.1	Geforderte Nachweise.....	7
8.2	Mindestinhalt des Angebots	9
8.3	Angaben zu den Auswahlkriterien	10
8.4	Darstellung der Wirtschaftlichkeitslücke	12
8.5	Vorgabe eines Mindestinhalts für den Kooperationsvertrag	12
8.6	Zweckbindungsfrist.....	12
8.7	Zuschlag.....	12
9	Geforderte Sicherheiten	13
10	Zulässigkeit von Nebenangeboten	13
11	Bindefrist des Angebots.....	13



1 Zur Angebotsabgabe auffordernde und den Zuschlag erteilende Stelle

Kontakt Daten:	Gemeinde Dammbach
Adresse:	Hauptstr. 81, 63872 Heimbuchenthal
Kontaktperson:	Patrick Spielmann
E-Mail:	breitband@psp-net.de
Telefon:	0160 799 4099
Fax:	

2 Beschreibung des Auswahlverfahrens

2.1 Allgemeines

Die Gemeinde Dammbach (im Folgenden: Konzessionsgeber) führt zur Auswahl eines Netzbetreibers, der mit einem öffentlichen Zuschuss den Aufbau und Betrieb eines NGA-Netzes realisieren kann, ein offenes, transparentes und diskriminierungsfreies Auswahlverfahren aufgrund förderrechtlicher Vorgaben gemäß Nr. 5 der Breitbandrichtlinie – BbR – (herunterladbar unter www.schnelles-internet.bayern.de) durch. Eine förmliche Ausschreibungspflicht aufgrund Vergaberechts besteht nicht, sodass auch der Rechtsweg zu den Vergabekammern nicht eröffnet ist.

Die Auswahl erfolgt im Wege eines freihändigen wettbewerblichen Verfahrens.

Die Bewerber haben Gelegenheit, bis zum Ablauf der Angebotsfrist ein Angebot abzugeben. Die Gemeinde Dammbach hat die Möglichkeit, Verhandlungen mit den Bietern durchzuführen, und wählt anhand der unter Ziff. 8.3 genannten Wertungskriterien das wirtschaftlichste Angebot für den Zuschlag aus.

2.2 Interkommunale Zusammenarbeit

Die Gemeinde Dammbach arbeitet nicht mit anderen Gemeinden gemäß Nr. 6.6 BbR zusammen.¹

¹ Die im Rahmen der interkommunalen Zusammenarbeit zu erfüllenden Vorgaben ergeben sich aus dem Hinweisdokument „Interkommunale Zusammenarbeit – Definition und Hinweise für die Praxis“, das in seiner jeweils geltenden Fassung auf dem zentralen Onlineportal heruntergeladen werden kann.



3 Angaben zum Konzessionsgegenstand

3.1 Art, Umfang und Ort der Leistung

Der Netzbetreiber, dem nach Abschluss dieses Auswahlverfahrens der Zuschlag erteilt wird, erhält eine Dienstleistungskonzession zum Aufbau und Betrieb eines NGA-Netzes in dem mit Abschluss des Auswahlverfahrens feststehenden Erschließungsgebiet.

Für das Erschließungsgebiet werden folgende Leistungsanforderungen gestellt:

Nach dem Auf- bzw. Ausbau müssen in den, in beigefügter Karte, dargestellten Ortsbereichen (über folgenden Link einsehbar:

https://www.psp-net.de/pub/Dammbach_NGA-Ausbau_IST-Karte_nach_Markterkundung.pdf)²

Breitbanddienste wie folgt zu Verfügung stehen:

Übertragungsraten in mindestens doppeltem Umfang³ der Übertragungsraten (Upload und Download) gemäß der Darstellung des Ergebnisses der Markterkundung für alle möglichen Endkunden, die noch nicht mit Bandbreiten nach Nr. 1.2 Satz 3 BbR versorgt werden und Übertragungsraten für alle möglichen Endkunden (Nr. 1.2 Satz 2 i. V. m. Nr. 1.1 BbR) wie in nachfolgender Tabelle dargestellt:

Erschließungsgebiet	Download-geschwindigkeit	Upload-geschwindigkeit
Erschließungsgebiet 1: <ul style="list-style-type: none">• Neuhammer• Wintersbacher Str. 1-9	Min. 200 Mbit/s	Min. 100 Mbit/s
Erschließungsgebiet 2: <ul style="list-style-type: none">• Wintersbacher Str. 122-138• Zeilackerweg (Zeilacker)• Frühlingstraße 1-3a	Min. 200 Mbit/s	Min. 100 Mbit/s
Erschließungsgebiet 3: <ul style="list-style-type: none">• Wasserhaus Schnorrenhöhe 99	Min. 30 Mbit/s	Min. 5 Mbit/s
Erschließungsgebiet 4: <ul style="list-style-type: none">• Schnorrfhof	Min. 200 Mbit/s	Min. 100 Mbit/s
Erschließungsgebiet 5: <ul style="list-style-type: none">• Geishöhe	Min. 200 Mbit/s	Min. 100 Mbit/s
Erschließungsgebiet 6: <ul style="list-style-type: none">• Heppe	Min. 200 Mbit/s	Min. 100 Mbit/s

² Die Kartendarstellung des vorläufigen Erschließungsgebietes muss die aus dem Ergebnis der Markterkundung abgeleitete Ist-Versorgung beinhalten inkl. der vorhandenen Bandbreiten für Download und Upload.

³ Wenn der geförderte Ausbau als Nebeneffekt die Breitbandversorgung von einzelnen Anschlüssen verbessert, ohne dass für diese Anschlüsse die Breitbandverdoppelung erreicht wird, ist dies unschädlich, sofern für diese Anschlüsse keine zusätzlichen, staatlich finanzierten Investitionen durchgeführt werden.



3.2 Vorhandene Infrastruktur sowie geplante Eigenleistungen im zu versorgenden Gebiet gemäß Nr. 5.3 BbR

Jeder am Auswahlverfahren teilnehmende Netzbetreiber, der über eine eigene passive Infrastruktur im vorläufig definierten Erschließungsgebiet verfügt, muss mit Angebotsabgabe bestätigen, dass er die **Daten zu dieser Infrastruktur** der Bundesnetzagentur zur Einstellung in deren Infrastrukturatlas zum Stichtag 1.7. eines jeden Jahres zur Verfügung gestellt hat. In diesem Falle hat sich der Infrastrukturihaber auch grundsätzlich bereit zu erklären, seine passive Infrastruktur **anderen am Auswahlverfahren teilnehmenden Netzbetreibern zur Verfügung zu stellen**. Sofern im vorläufigen Erschließungsgebiet nach dem Stichtag 1.7. Infrastruktur erstellt wurde, hat der Netzbetreiber mit Angebotsabgabe zu bestätigen, dass er diese dem Konzessionsgeber im Rahmen der Markterkundung mitgeteilt hat.

Im vorläufig definierten Erschließungsgebiet sind keine nutzbaren Infrastrukturen bekannt.

Bezüglich ggf. nutzbarer weiterer Infrastrukturen und ergänzender Informationen wird auf den Infrastrukturatlas der Bundesnetzagentur sowie das Rauminformationssystem Bayern (RISBY), insbesondere den Grabungsatlas verwiesen.

Es sind keine Tiefbaumaßnahmen geplant die bei Ausbaumaßnahmen zu berücksichtigen sind. Der Konzessionsgeber beabsichtigt auch keine Eigenleistungen zu erbringen.

3.3 Offener Netzzugang auf Vorleistungsebene

Der Netzbetreiber muss gewährleisten, dass die von ihm angebotenen Breitbanddienste für einen **Zeitraum von mindestens sieben Jahren** sichergestellt sind (Zweckbindungsfrist) und er allen anderen Netz- und Diensteanbietern einen umfassend offenen, diskriminierungsfreien Netzzugang auf Vorleistungsebene anbietet.

Die geförderte Breitbandinfrastruktur muss eine **tatsächliche und vollständige Entbündelung** im Sinne der Leitlinien der EU für die Anwendung der Vorschriften über staatliche Beihilfen im Zusammenhang mit dem schnellen Breitbandausbau (ABIC 2013 25/1) erlauben und alle verschiedenen Arten von Netzzugängen bieten, die Betreiber nachfragen könnten. Die erforderlichen Vorleistungsprodukte ergeben sich aus dem Anhang II dieser Leitlinien. Dieser Zugang muss sowohl für die geförderte Infrastruktur als auch für die für das Projekt eingesetzte, schon existierende Infrastruktur des Netzbetreibers gewährt werden.

Sofern neue passive Infrastrukturelemente (z.B. Kabelschächte oder Masten) geschaffen werden, muss der **Zugang dazu ohne zeitliche Beschränkung** gewährt werden.

Auch nach Ablauf des Zeitraums, innerhalb dessen Zugang gewährt werden muss, können Zugangsverpflichtungen auf der Grundlage des Telekommunikationsgesetzes (TKG) bestehen, wenn die Bundesnetzagentur den Betreiber der betreffenden Infrastruktur als Betreiber mit beträchtlicher Marktmacht einstuft.



4 Angaben zur Losbildung

Es werden keine Lose gebildet.

5 Bewerber- und Bietergemeinschaften

Bewerber- bzw. Bietergemeinschaften sind zulässig. Die Bewerber-/Bietergemeinschaft hat einen bevollmächtigten Vertreter zu benennen, der die Mitglieder gegenüber dem Konzessionsgeber rechtsverbindlich vertritt und gesamtschuldnerisch zu haften.

6 Ergänzende Unterlagen

Ergänzende Unterlagen zum Auswahlverfahren sind nicht vorgesehen.

Es wird darauf hingewiesen, dass allfällige Informationen zum laufenden Verfahren (z.B. eine etwaige Fristverlängerung) in elektronischer Form auf der Gemeindehomepage bereitgestellt werden. Interessenten werden daher aufgefordert, die Gemeindehomepage regelmäßig zu überprüfen.

7 Form und Frist der Angebotsabgabe

Die Angebote sind bis zum 14. Oktober 2016, 12:00 Uhr bei der oben unter Ziff. 1. genannten Kontaktstelle schriftlich in einem verschlossenen Umschlag in zweifacher Fertigung einzureichen. Maßgeblich ist der auf dem verschlossenen Umschlag angebrachte Eingangsstempel der Kontaktstelle. Angebote ohne diesen Eingangsstempel werden ausgeschlossen.

Auf dem verschlossenen Umschlag ist folgender Vermerk deutlich sichtbar anzubringen:

„NICHT ÖFFNEN – Angebot im Verfahren zur Auswahl eines Netzbetreibers für den Aus- bzw. Aufbau eines NGA-Netzes in den vorläufigen Erschließungsgebieten der Gemeinde Dammbach.“



8 Angebotsabgabe

8.1 Geforderte Nachweise

Die Bewerber haben zum Nachweis ihrer Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) folgende Nachweise vorzulegen:

- a) Angabe von mindestens fünf Referenzen aus den letzten drei Jahren vor Ende der Bewerbungsfrist über die Ausführung von Leistungen, die mit der zu vergebenden Konzession vergleichbar sind, mit Angabe des jeweiligen Auftragswerts. Die Mindestanzahl an Referenzen muss für jeden der Leistungsteile Bau und Betrieb von NGA-Netzen gesondert nachgewiesen werden. Kann ein Bewerber nicht für alle Leistungsbereiche Referenzen vorweisen, so hat er diese Leistungsteile ggfs. unter Einbindung von entsprechend erfahrenen Unterauftragnehmern nachzuweisen.
- b) Vorlage eines Unternehmensprofils oder sonstiger aussagekräftiger Angaben über den Bewerber.
- c) Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des sich bewerbenden Unternehmens sowie den Umsatz aus Leistungen, die mit dem Konzessionsgegenstand oder Teilen davon vergleichbar sind, jeweils bezogen auf die letzten drei Geschäftsjahre. Sofern ein Bewerber noch nicht so lange auf dem Markt tätig ist, legt er für die fehlenden Jahre eine Unternehmensplanung vor. Nichtbilanzierende Unternehmen legen eine attestierte Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Jahre vor.
- d) Nachweis der Haftungs- und Eigentumsverhältnisse des Bewerbers durch Vorlage eines Auszugs aus dem Handelsregister des Herkunftslandes, der zum Zeitpunkt des Ablaufs der Bewerbungsfrist nicht älter als drei Monate sein darf; dieses Erfordernis entfällt bei nicht eingetragenen Personengesellschaften bzw. anderen nicht eintragungspflichtigen Unternehmen.
- e) Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren oder vergleichbar gesetzlich geregeltes Verfahren eröffnet, die Eröffnung beantragt oder der Antrag mangels Masse abgelehnt worden ist.
- f) Eigenerklärung, dass sich der Bewerber nicht in Liquidation befindet.
- g) Eigenerklärung, dass der Bewerber nicht aufgrund eines rechtskräftigen Urteils aus Gründen bestraft worden ist, die seine berufliche Zuverlässigkeit in Frage stellen.
- h) Eigenerklärung, dass der Bewerber im Rahmen seiner beruflichen Tätigkeit keine sonstigen schweren Verfehlungen begangen hat, die seine Zuverlässigkeit in Frage stellen.



Gemeinde Dammbach



- i) Eigenerklärung, dass der Bewerber seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozial- und Krankenversicherung ordnungsgemäß erfüllt.
- j) Eigenerklärung, dass der Bewerber sich bei der Erteilung von Auskünften im Vergabeverfahren keiner falschen Erklärungen schuldig gemacht oder entsprechende Auskünfte unberechtigterweise nicht erteilt hat.

Sofern sich der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung auf ein Nachunternehmen stützen möchte, hat er die geforderten Nachweise auch für das vorgesehene Nachunternehmen abzugeben. Handelt es sich bei dem Bewerber um eine Bietergemeinschaft, so sind die geforderten Nachweise für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft zu erbringen.



8.2 Mindestinhalt des Angebots

Der Netzbetreiber hat auf Grundlage der Leistungsbeschreibung, insbesondere unter Berücksichtigung der definierten Leistungsanforderungen (vgl. Ziff. 3.1) für das zu versorgende Gebiet, ein Angebot einzureichen, das die vor Ort verfügbare Infrastruktur einschließlich der Nutzung vorabregulierter Vorleistungsprodukte und der geplanten Eigenleistungen (vgl. Ziff. 3.2 und Nr. 5.3 BbR) soweit wie möglich berücksichtigt. Die Möglichkeit der Inanspruchnahme ist vom Anbieter zu prüfen und im Angebot nachvollziehbar zu bewerten.

Das technische Angebot muss insbesondere folgende Informationen beinhalten:

- a) Technisches Konzept zur Realisierung der Breitbandinfrastruktur, insbesondere Aussagen zur zugesicherten Übertragungsgeschwindigkeit der Backbone -Anbindung (mittlere reale Datenrate der Zuführung in Mbit/s im Down- und im Upload an den letzten Verteilpunkten), Kapazität der Backbone-Zuführung (max. mögliche Datenrate der Zuführung an den letzten Verteilpunkten), sowie zur Kapazität des Teilnehmeranschlusses (max. mögliche Datenrate pro Teilnehmer).
- b) Endkundenpreise, inklusive Bereitstellungsgebühr und Kosten der Endkundengeräte, für Produkte mit einer Übertragungsrate von 50 Mbit/s im Download und 30 Mbit/s im Upload und der geforderten Übertragungsrate im Upload sowie ggf. für Produkte mit den in Ziff. 3.1 geforderten höheren Übertragungsraten.
- c) Anzahl der Hausanschlüsse mit Bandbreiten von mindestens 50 Mbit/s und mindestens 30 Mbit/s im Download und der geforderten Mindestübertragungsrate im Upload sowie Anzahl der Endkundeanschlüsse mit den in Ziff. 3.1 geforderten höheren Bandbreiten (auch grafische Darstellung).
- d) Zeitliche Verfügbarkeit (% / Jahr) einer Mindestübertragungsrate von 50 Mbit/s bzw. 30 Mbit/s im Download und der geforderten Mindestübertragungsrate im Upload sowie ggf. den in Ziff. 3.1 geforderten höheren Übertragungsraten.
- e) Frühester Zeitpunkt der Inbetriebnahme.
- f) Angebotene Zugangsvarianten.



8.3 Angaben zu den Auswahlkriterien

Es wird derjenige Netzbetreiber ausgewählt, der geeignet ist und anhand der folgenden Auswahlkriterien das wirtschaftlichste Angebot einreicht (vgl. Nr. 5.6 Satz 2 BbR):

Auswahlkriterium	Gewichtung in Prozent
Höhe der Wirtschaftlichkeitslücke pro möglichem Hausanschluss im Erschließungsgebiet ⁴	30
Technisches Konzept <ul style="list-style-type: none">• Zugesicherte Übertragungsgeschwindigkeit der Backbone-Anbindung - tatsächliche mittlere reale Datenrate der Zuführung in Mbit/s im Down- und im Upload an den letzten Verteilpunkten• Kapazität der Backbone-Zuführung - max. mögliche Datenrate der Zuführung an den letzten Verteilpunkten• Kapazität des Endkundenanschlusses - max. mögliche Datenrate pro Endkunde	25
Endkundenpreise <ul style="list-style-type: none">• Höhe Endkundenpreise für Produkte mit Übertragungsraten von mind. 100 Mbit/s im Download inklusive Bereitstellungsgebühr und Kosten der Endkundengeräte	25
Servicekonzept <ul style="list-style-type: none">• Verfügbarkeit (%/Jahr)• Servicebereitschaft (h/Tag)• Garantierte Reaktionszeit (h)• Entstörzeit (h)	20

Die Wertung der einzelnen Angebote wird wie folgt vorgenommen:

Jedes Angebot wird hinsichtlich der in folgender Wertungstabelle aufgeführten Auswahlkriterien mit Leistungspunkten auf einer Skala von 100,0 (optimal) bis 0,0 (ungenügend) bewertet⁵. Die Leistungspunkte werden sodann mit den in der nachfolgenden Wertungstabelle angegebenen Gewichtungsfaktoren multipliziert. Das Ergebnis dieser Multiplikation sind entsprechende Bewertungspunkte. Diese werden sodann addiert.

⁴ Der Konzessionsgeber behält sich vor, hierfür die georeferenzierten Hausadressen heranzuziehen.

⁵ Für den Fall, dass von einer linearen Bewertung abgewichen wird, ist das angewandte Wertungssystem zu erläutern.



Gemeinde Dammbach



Auswahlkriterium	Leistungs- punkte	Gewichtungs- faktor	Bewertungs- punkte
Höhe der Wirtschaftlichkeitslücke pro möglichem Hausanschluss im Erschließungsgebiet ⁶		30	
Technisches Konzept		25	
Zugesicherte Übertragungsgeschwindigkeit der Backbone-Anbindung – tatsächliche mittlere reale Datenrate der Zuführung in Mbit/s im Down- und im Upload an den letzten Verteilpunkten		15	
Kapazität des Endkundenanschlusses – max. mögliche Datenrate pro Endkunde		10	
Endkundenpreise – Höhe Endkundenpreise für Produkte mit Übertragungsraten von mind. 100 Mbit/s im Download inklusive Bereitstellungsgebühr und Kosten der Endkundengeräte		25	
Servicekonzept		20	
Verfügbarkeit (%/Jahr)		10	
Entstörungszeit (h)		4	
Servicebereitschaft (h/Tag)		3	
Garantierte Reaktionszeit (h)		3	
Summe Bewertungspunkte:			

⁶ Der Konzessionsgeber behält sich vor, hierfür die georeferenzierten Hausadressen heranzuziehen.



8.4 Darstellung der Wirtschaftlichkeitslücke

Das Angebot hat eine detaillierte und plausible Darstellung der Wirtschaftlichkeitslücke gemäß Nr. 5.5 BbR zu enthalten. Zur Darstellung der Wirtschaftlichkeitslücke ist das auf dem zentralen Onlineportal des Bayerischen Breitbandzentrums bereitgestellte Musterdokument zu verwenden.

Falls ein Angebot einen FTTB-Ausbau vorsieht, sind der Berechnung der Wirtschaftlichkeitslücke die Kosten für alle Hausanschlüsse einschließlich der Netzabschlusseinheit im Erschließungsgebiet zugrunde zu legen.

Weisen alle eingegangenen Angebote eine Wirtschaftlichkeitslücke von mehr als 650.000,-€ auf, behält sich die Gemeinde die Aufhebung des Verfahrens vor.

Im Übrigen kommt eine (Teil-)Aufhebung des Verfahrens wegen Unwirtschaftlichkeit im Rahmen der Voraussetzungen des § 17 Abs. 1 lit. c VOL/A in Betracht.

8.5 Vorgabe eines Mindestinhalts für den Kooperationsvertrag

Die Bieter haben mit ihrem Angebot den vom Konzessionsgeber gestellten Entwurf des Kooperationsvertrages grundsätzlich als verbindlich anzuerkennen. Dies gilt nicht für die als optional gekennzeichneten Passagen. Die Bieter können darüber hinaus zu einzelnen Regelungen auch abweichende Klauseln vorschlagen, die als Verhandlungspunkte gesondert zu kennzeichnen und mit dem Angebot vorzulegen sind. Der Entwurf des Kooperationsvertrages kann beim Konzessionsgeber angefordert werden.

8.6 Zweckbindungsfrist

Der Netzbetreiber muss einen Betrieb der geförderten Breitbandinfrastruktur mit den betreffenden Breitbanddiensten für mindestens sieben Jahre gewährleisten. Diese Mindestfrist wird im Kooperationsvertrag verbindlich festgeschrieben.

8.7 Zuschlag

Die vorgesehene Auswahlentscheidung wird zunächst auf dem zentralen Onlineportal www.schnelles-internet.bayern.de veröffentlicht. Der ausgewählte Bewerber erhält eine Vorabinformation über die beabsichtigte Zuschlagserteilung. Die Zuschlagserteilung wird erst erfolgen, wenn der Zuwendungsbescheid durch die zuständige Bezirksregierung erlassen wurde und im Falle der Vorlage des Vertrages zwischen Gemeinde und Netzbetreiber an die Bundesnetzagentur deren Stellungnahme erfolgt bzw. die Frist zur Stellungnahme verstrichen ist.



9 Geforderte Sicherheiten

Eine Bankbürgschaft oder gleichwertige Sicherheitsleistung zur Sicherung eines möglichen Anspruchs auf Rückzahlung der Zuwendung in Höhe von 50 Prozent der Zuwendung⁷ (vgl. Nr. 5.7 Unterpunkt 3 BbR); Vorlage vor Abschluss des Vertrages zwischen Gemeinde und Netzbetreiber⁸.

10 Zulässigkeit von Nebenangeboten

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

11 Bindefrist des Angebots

Der Zuschlag wird voraussichtlich bis zum 20. Januar 2017 erteilt. Bis zu diesem Termin ist der Bieter an sein Angebot gebunden.

Gemeinde Dammbach

⁷ Unter Zuwendung ist die Gesamtleistung der Gemeinde zum Ausgleich der Wirtschaftlichkeitslücke zu verstehen.

⁸ Die geforderte Sicherheit kann auch mehr als 5% der Zuwendung betragen. §9 Abs. 4 Satz 2 VOL/A steht dem nicht entgegen, da dessen Gegenstand die Sicherung der Vertragsdurchführung, also das sog. „positive Interesse“ ist. Die Sicherung möglicher Rückforderungsansprüche ist demgegenüber auf das sog. „negative Interesse“ gerichtet.